Ziel: Bezahlbare Wohnungen

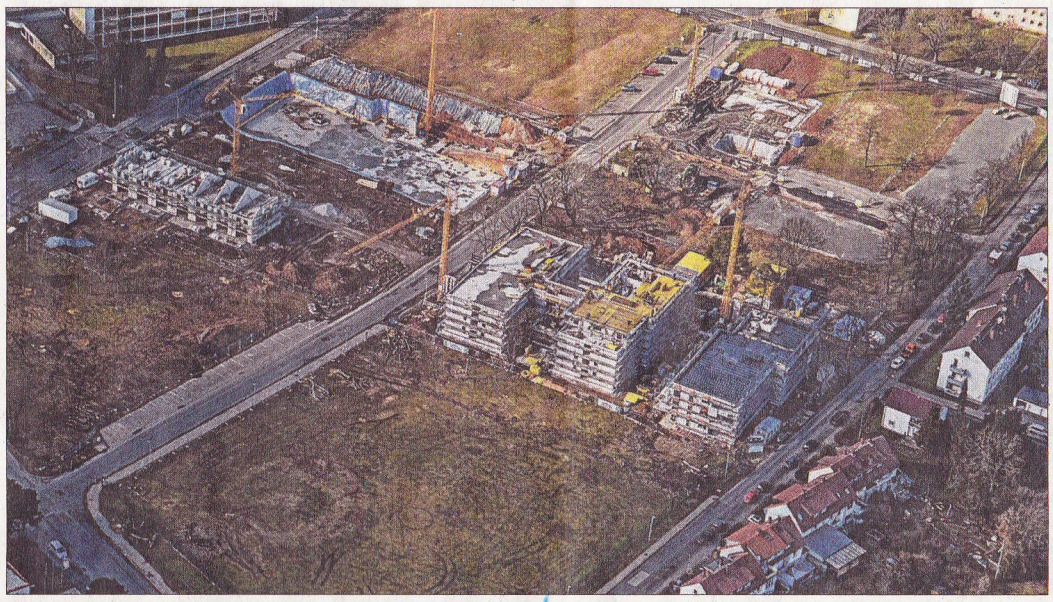
Haupt- und Finanzausschuss votiert für Programm zur Förderung von günstigem Wohnraum

Friedberg (jw). Da beißt sich die städtebauliche Katze in den Schwanz: Wer zu viel verdient, kriegt keine Sozialwohnung. Wer hingegen über so wenig Geld verfügt, dass er eine Sozialwohnung mieten darf, kann mitunter die Miete nicht bezahlen. Die Stadt Friedberg reagiert auf diese Misere mit einem »Programm zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum«. Der Haupt- und Finanzausschuss hat sich einstimmig für das von Bürgermeister Michael Keller (SPD) vorgelegte Programm ausgesprochen.

»Die Richtlinien des Landes für öffentlich geförderten Wohnraum sind zu eng«, sagte Keller. Menschen mit mittlerem Einkommen seien regelrecht ausgeschlossen, wenn es um die Anmietung von günstigem Wohnraum geht. Zwar gibt es für Friedberg keinen Mietspiegel, aber für Neubauten werden teilweise Mieten von bis zu 10 Euro pro Quadratmeter verlangt und bezahlt. Beim sozialen Wohnungsbau muss die Miete 15 Prozent unter der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Legt man durchschnittlich 9,50 Euro zugrunde, dürfte der Mietzins 8 Euro pro Quadratmeter nicht übersteigen.

Bei der Errichtung von öffentlich geförderten Wohnungen sind die Kommunen ohnehin zur Komplementärfinanzierung mit mindestens 10 000 Euro pro Wohneinheit verpflichtet. Deshalb hat die Stadtverwaltung ein eigenes Förderprogramm entwickelt und kann so darauf verzichten, beim Land Hessen einen Förderantrag zu stellen (der dann die oben beschriebenen Folgen hätte).

Aus Darlehensrückflüssen und Einnahmen aus der Fehlbelegungsabgabe hat die Stadt eine Wohnungsbaurücklage von rund 700 000 Euro gebildet. Aus diesem Topf soll beim Bau von Sozialwohnungen ein Zuschuss von 15 000 Euro pro Wohneinheit gewährt werden, der Mietzins wird auf 7,50 Euro pro Quadratmeter begrenzt.



Die Bebauung der ehemaligen US-Housing macht Fortschritte. Nächstes Projekt sind zwei Passivhäuser mit günstigen Mieten, welche die Friedberger Wohnungsbaugesellschaft südlich des Studentenwohnheims (Bildmitte) errichten will. (Foto: Ernst Stadler)

Einen ersten Anwärter auf die Fördermittel gibt es bereits: die städtische Wohnungsbaugesellschaft (Wobau). Die will in der Housing Area auf dem Grundstück an der Tepler und der Königsberger Straße 16 Wohneinheiten mit unterschiedlichen Größen zwischen 53,6 und 119,6 Quadratmeter errichten. Die Miete soll 1,50 bis 2 Euro pro Quadratmeter unter dem voraussichtlichen Mietzins der Nachbarhäuser liegen. Bei 16 Wohnungen ergibt sich ein Zuschuss von 240 000 Euro. Auch diese Verwaltungsvorlage verabschiedete der Ausschuss einstimmig.

»Bei Eigentumswohnungen und Reihenhäusern gibt es derzeit keine Probleme auf dem Markt, bei bezahlbarem Wohnraum für Menschen mit mittleren Einkommen gibt es diese Probleme«, begründete Bürgermeister Keller die Initiative. »Unter den mittelgroßen Städten in Hessen ist das einmalig.« Für Florian Uebelacker (Grüne) ist der Fördertopf ein Anreizprogramm, mit dem man ein Zeichen setze. Politiker aus mehreren Fraktionen äußerten, sie wollten die Landespolitiker aus den eigenen Reihen auf das Problem ansprechen.